

Erscheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 50 $\frac{1}{2}$ Jährl. 1.50 $\frac{1}{2}$
prämium frei ins Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 $\frac{1}{2}$

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezugsbar, kostet
monatlich 10 $\frac{1}{2}$ Jährlich 30 $\frac{1}{2}$

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeit,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geißeustraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telephon-Nr. 1047.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Halleaale.

Nr. 184

Halle a. S., Mittwoch den 9 August 1899.

10. Jahrg.

Parteigenossen!

Laute Beschlüsse des vorjährigen Parteitages findet der dies-
jährige in Hannover statt.

Auf Grund der Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9 der Partei-
Organisation beruft die Parteileitung den diesjährigen Partei-
tag auf

Montag, den 9. Oktober

nach Hannover in den „Ballhof“, Burgstr. 9, ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Montag, den 9. Oktober und die folgenden Tage:

1. Konstituierung des Parteitages. Wahl des Bureau's.
Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl
einer Kommission zur Prüfung der Mandate.
2. Geschäftsbericht des Vorstandes.
Berichterhalter: J. Auer und A. Gerisch.
3. Bericht der Kontrolleure.
Berichterhalter: J. Meißner.
4. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.
Berichterhalter: G. Hoff.
5. Die Zuchthausvorlage vor dem Reichstage.
Berichterhalter: M. Eggib.
6. Erörterung über Punkt 3 des Programms.
Berichterhalter: J. Geyer.
7. Die Angriffe auf die Grundanschauungen
und die taktische Stellungnahme der Partei.
Berichterhalter: A. Bebel.
8. Die Kaiserfeier 1900.
Berichterhalter: W. Paanfuß.
9. Anträge zum Programm und zur Organisation.
10. Sonstige Anträge.

Für Sonntag, den 8. Oktober, ist seitens der Partei-
genossen Hannover eine Empfangs- und Begrüßungsfeier vor-
gesehen. Diefelbe findet von nachmittags 3 Uhr ab im

„Palmengarten-Konzertsaal“

Eingang Göttestraße, statt.

Die Adresse des Lokalkomitees ist:

August Voßberg, Hannover, Burgstr. 9.

Parteigenossen! Wir fordern Euch nun auf, die erforder-
lichen Vorbereitungen zu treffen, insbesondere die Wahl der Dele-
gierten und die Einreichung der Anträge rechtzeitig zu bewirken.
Die Anträge müssen spätestens den 15. September in den
Händen des Vorstandes, Adresse:

J. Auer, Berlin SW., Kasbachstr. 9 I

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 8
Absatz 2 der Partei-Organisation im Vorwärts veröffentlicht
werden und in die gedruckte Vorlage für den Parteitag Auf-
nahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegen-
zeichnung des Vertrauensmannes, falls sie zur Veröffentlichung
und Beratung gelangen sollen.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden er-
sucht, von ihrer Delegation dem Vorstand und dem Lokalko-
mittee rechtzeitig Mitteilung zu machen, damit dieses in
Bezug auf Quartier etc. die notwendigen Vorbereitungen treffen
kann.

Mandatsformulare, mit deren Vereindung am 8. September
begonnen wird, sind durch das Parteibureau, Adresse:

J. Auer, Berlin SW., Kasbachstr. 9 I

zu beziehen.
Die Genossen, welche Anträge einreichen, werden darauf auf-
merksam gemacht, daß etwaige, den Anträgen beigegebene
Notizen weder im Vorwärts noch in der dem Parteitag vorzu-
legenden gedruckten Vorlage Aufnahme finden können. Die
Genossen haben das Recht, ihre Anträge auf dem Parteitag
entweder persönlich zu vertreten oder durch befreundete Ge-
nossen vertreten zu lassen; außerdem empfiehlt es sich, wichtige
Anträge vor dem Zusammenritt des Parteitages in der
Presse zu erörtern. Die Notizen aber in die Parteitagsvor-
lage aufzunehmen, verbietet sich aus räumlichen Rücksichten
und der damit verknüpften unermesslichen Wiederholungen
willen.

Berlin, den 8. August 1899.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 8. August 1899.

Blüten des Zuchthausstrafes. Der Vorsitzende des
Maurer-Streitkomitees, Schmidt, hatte sich vor dem Schöffengericht
in Uineburg wegen Vergehen gegen § 153 zu verant-
worten. Es wurde ihm zur Last gelegt, dem Maurer D., der
eines Morgens mit seinem Arbeitsgeschirr zur Arbeit ging, mit
den Worten bedroht zu haben: „Schweinehund, gehst Du
auch zur Arbeit?“ Die Beschimpfung „Schweinehund“ giebt
der Angeklagte, den Nachsitze stellt er entschieden in Abrede.
Als Zeuge war der „bedrohte“ Maurer D. erschienen. Er be-
kündet, von dem Angeklagten nur das Wort „Schweinehund“
gehört zu haben. Er habe der Sache überhaupt keine
Bedeutung beigelegt; mit Schmidt habe er sich wegen

Zigarren erjümt. Wegen der Beschimpfung habe er
gar keine Anzeige erstattet, wisse auch nicht, wer
dieselbe erstattet habe! Der Amtsanwalt sah sich ge-
zwungen, Freisprechung zu beantragen. Das Gericht be-
schloß demgemäß, ohne sich zur Beratung juristisch zu geben.

Man scheint demnach mit der famosen Zuchthausvorlage, die
das Strafverfahren auch ohne Antrag juristisch vorweist, als mit
einem bestehenden Gesetze zu rechnen.

Aus den Kreisen der Zuchthausheher. Die wildeste
Agitation für die Vernichtung der Koalitionsfreiheit geht be-
sonnlich von den Baunternehmern aus. Ueber das
Projekt anmütige Eingebungen. Angefangen war der 40jährige
Bauntermehrer Herr Schwibbe. Er war anfangs Maurer;
da es ihn aber gelüstete, sich nach Reichthümern zu erheben,
wurde er Bauunternehmer. Als er auch als solcher die ersten
Reichthümer nicht schnell genug erntete, verurtheilte er das Glück
zu forrieren. Zeitweilig hatte er sechs bis acht Grundstücke
„im Besitz“, kam aber nie zu Gelde. Fortwährend kloppte der
Gerichtsvollzieher bei ihm an; er wurde wegen Beträge von
insgesamt 77779 Mark mehr als achtzigmal erfolglos
gepfändet und jedesmal zur Leistung des Offen-
barungseides vorgeladen. Einem Dresdener Kaufmann
schwindelte er 42000 M. in drei Jahren ab. Außerdem schloß
er einen Vertrag über den Ankauf eines Dresdener Gasthofs
zum Preise von 130000 M., wobei er unter der Vorbedingung,
sodort 600000 M. anzuhalfen zu können, mit einem falschen Namen
unterzeichnete.

Der Herr wurde zu zwei Jahren Gefängnis und 5 Jahren
Ehrverlust verurteilt.

Der Nachfolger Albenbachs. Aus Berlin wird der
Skt. Volksg. geschrieben: Als nächstfolgender Nachfolger
Nachfolger v. Albenbachs gilt hier wieder Herr v. Lucanus
nach Graf Botho Gulemburg, sondern der Landesdirektor Herr
v. Mantuffel. Zwar ist er eigentlich der Kandidat der
Majoritäten für einen hervorragenden Ministerposten, vor-
züglich dürfte er sich aber auch mit einem Oberpräsidium be-
ginnen.

Der erste Vizepräsident des Herrenhauses Oberpräsident der
Provinz Brandenburg und Berlins — das dürfte selbst der
ausgewiesenen Jüngerphantasie genügen.

Die zweijährige Dienstzeit ist zu lang! Dem Vorwärts
ist aus Kiel geschrieben: Die Verwendung von Soldaten zu
Arbeiten, die außerhalb ihrer Pflichten fallen, scheint
immer größeren Umfang anzunehmen. In Kiel sind in den
letzten 14 Tagen 8 Soldaten des 85. Infanterie-Regiments je
10 Tage kommandirt gewesen, auf der Volk zu helfen, Brief-
kästen zu leeren etc., pro Tag ist jeder Mann 2.50 M. für
diese Arbeit ausgezahlt. Zur Zeit sind wieder Soldaten des
Seebataillons zur gleichen Beschäftigung kommandirt.
Auf solche Weise verbinden die auf Kosten der Steuerzahler
unterhaltenen Soldaten, wenn auch ohne ihr eigenes Ver-
schulden, die Einhellung von freien Arbeitern, wenn auch nur
aus Hilfsweise, bei der Post.

Zum Kapitel der Soldatenmißhandlungen liefert das
Sächsische Volksblatt einen Beitrag. Am 27. Juli erkrankte
heute Abend der Leutnant Schindler in Kitzsching bei
Zschütz. Die Witwe teilte die Todesnachricht ihrem beim
12. Sächs. Infanterie-Regiment in Ulm lebenden Sohn mit
und ersuchte ihn, sich zum Begräbnis Urlaub geben zu lassen.
Telegraphisch und später schriftlich wurde der Witwe Schün-
felder eine Mitteilung aus dem Garnisonslagarett zu teil, daß
ihre Sohn wegen linksseitigen Mittelohrentzünds sich in Lagarett-
behandlung befinde und deshalb nicht nach Hause kommen
könne.

Wie der Mittelohrentzünd entzündet ist, schildert nun
folgender Brief des erkrankten Mannes an seine Mutter, den wir
hier nur orthographisch abgeändert haben.

Mes. d. 29.7. 99.

Von meinem Schmerz erhalte, ergriffe ich die Feder, um Dir
mitzutheilen, daß ich beinahe in Dinnadt fiel, als ich die
Depesche erhielt, daß meiner herzlich geliebten Vater der
Schlag getroffen; als ich aber von meinem Oberarzt er-
fuhr, daß er mich nicht entlassen könne, da war's ganz aus
mit mir.

Nachdem ich mich von diesem Schmerz erholte, ging ich
zum Herrn Oberarzt und stellte diesem meine Bitte vor, aber
auch da wurde ich abgewiesen. Er sagte, daß ich nicht ent-
lassungsfähig wäre, könne er auch nichts weiter daran thun.
Ich fühlte alles in Bewegung, doch es blieb alles ohne Erfolg
und muß ich mich nun in mein Zschütz drein ergeben,
komme nun, wie es will. Ich muß mich meinem Schmerz
ergeben, wiewohl ich meinen Vater doch gar so gern noch ein-
mal gesehen hätte. O, wer hätte das glauben sollen, als ich
wegfuhr, daß ich meinen Vater immer wiederthete.

Derzeit gelte ich Mutter! Ich muß Dir nun mittheilen,
warum ich in das Lazarett gekommen bin. Es war am
16. Juli d. J. als ich von einem Unteroffizier einige
Schreien erhielt. Nach diesen hatte ich immer Schren-
ken und mußte mich schließlich am 23. Juli krank melden,
worauf ich in das Lazarett überführt wurde. Nachdem mich
der Arzt untersucht hatte, mußte ich auch die Wahrheit, daß
mich der Unteroffizier geschlagen hat, sagen. Das
kommt zur Unterredung, weil das linke Trommelfell
kaputt ist.

Es grüßt
Dein trauernder Sohn
E. M. J.

Die schlichten Ausführungen des Briefes sprechen für sich
selbst. Auch dieser Fall zeigt wieder, daß dem bedarmten Erlaß

des Prinzen Georg von Sachsen nicht allenthalben nach-
gegangen wird. Hier ist wieder einmal ein Fall, an dem sich
nicht rüsten läßt. Aber wie viele Mißhandlungsfälle ereignen
sich alle Tage in der Armee, wiewohl der Rest Schweigen
genißt.

Die Dortmunden sollen das schöne Geld für die Aus-
schmückung der Straßen nicht unvorsichtig ausgegeben haben. Wie
die Rh. W. Z. erzählt, hat das Oberhauptmannschaft dem
Überbürgermeister von Dortmund mitgeteilt, daß Wilhelm II.
am 11. August zur Hofeintrichtung eintreffen wird.

Ein badischer Schulprozeß. Im Juli verfloßenen Jahres
erschieden in der Frankfurter Zeitung mehrere Artikel über die
Verhältnisse an der Oberrealschule zu Baden-Baden,
deren Rektor Prof. Dr. Paul Pfeffer ist. Es wurde in diesen
Artikeln festgesetzt, daß das Examen zur Erlangung der ein-
jährig-freiwilligen Berechtigung von 1897 von Reichslehrer-
amt für unsere Provinz nicht unvorsichtig ausgegeben haben. Wie
die Verhandlung eines einzigen Schülers — kurz darauf wurde
weiter bekannt, daß die Reichslehrerkommision die Berechtigung
der Berechtigung allen, die damals das Examen bestanden
hatten, verweigert habe, weil bei der Schullehrer die An-
schauung vorherrschte, daß nicht nur ein Schüler zu milde be-
handelt, sondern das möglicherweise auch bezüglich der übrigen
Schüler ein zu milder Maßstab angelegt worden sei. Diese
Zustände gab dem Arzt Dr. Schmidt Veranlassung, im Echo
von Baden, einem Zentrumsblatt, eine Artikelserie erscheinen
zu lassen, in der das Examenverfahren des Schulvorstandes
Pfeffer wie auch dessen sonstiges Verhalten einer äußerst
schärfen Kritik unterzogen wurde. Es wußte ihn „graber
Namen, höhere Berühmtheit des Reichslehrer und auch die
Mängel an Ehrgefühl“ vorgezogen, des weiteren Verleitung
zur Lüge und Heuchelei“ und endlich wurde behauptet, daß der
Vorstand „Pfeffer nicht so viel Schamgefühl besitzen habe, selbst
zu gehen“. Der Reichslehrer stellte darauf Klageantrag, dem
auch die Staatsanwaltschaft entsprach. Die Unterredung wurde
eingeleitet, der Verfasser nannte sich und war erwartete, daß
die Angelegenheit in der Frühjahrssession des Schöffengerichts
zur Verhandlung gelangen werde. Da er jedoch Ende Januar die
offizielle Mitteilung, daß der Oberpräsident den Klageantrag
zurückgezogen habe, worauf das Landgericht das Verfahren
einstellte. Herr Schulvorstand Pfeffer hat dann in letzter
Stunde die Berufung erhoben, deren Verhandlung am 3.
August vor dem Schöffengericht in Baden-Baden begann.
Das durch die Zeugnisaussagen am Freitag und Samstag
entworfenen Bild ergab für den Rektor Pfeffer nicht ionderlich
viel Befriedendes. Die Angelegenheit scheint eine religiöse Episode
zu haben, indem die katholischen Lehrer gegen den liberalen
Rektor intriguiert haben; einzelne Lehrer der Anhalt hatten
Neigungen des Prof. Pfeffer am Vortisch sorgfältig hieno-
graphiert und brachten sie in der Verhandlung und. Das Ur-
teil wird am nächsten Freitag verhandelt werden.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde von der Ferienstraf-
kammer zu Aurich am 3. August der Schlosser Budisch aus
Wilhelmsbad zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.
Er hat auf dem in Wilhelmsbad stationierenden Kaiserneu-
schiff „Bismarck“ mit dem Kapitänvorleser wegen Bezahlung
seiner Zeche Streit bekommen, infolgedessen er von Bord ge-
worfen wurde. Hierfür soll er beledigende Ausäußerungen gegen
den Kapitän gethan haben.

Kleine politische Nachrichten. In der bairischen
Kammer der Abgeordneten beabsichtigt das Zentrum den
Zentrumsabgeordneten Ritter Dreier zum ersten Präsidenten
vorschlagen. — Die interparlamentarische Friedens-
konferenz in Christiania ist am 4. August geschlossen worden.
Die nächste Jahresversammlung wird in Paris abgehalten
werden. — In England ist am Sonntag der Parlamentarische
Idee gefordert, welcher von 1886—1890 Mitglied des Reichs-
tages war. — Der Simplicissimus wird vom 1. September
in Stuttgart gedruckt werden. Es wird nicht mehr
gut möglich sein, die Redakteure vor den sächsischen Gerichten
anzuklagen.

Ausland.

Frankreich. Gestern hat in Rennes der neue Dreyfus-
prozeß begonnen. Die Stimmung der Dreyfusgegner ist
dumpe Resignation. Sie erklügeln neue Erklärungen und
schließen alle Alternativen wieder auf. Von den Aussagen des
Generals Mercier erwarten sie ihr letztes Heil. Der beste Be-
weis für deren Wert ist das Gericht, welches gestern abend
in Paris umging, einer der Generale, welcher eine hervorragende
Rolle im Dreyfusprozeß spielt, sei geflohen. Man weiß
nicht, ob es sich um Mercier, Billot, Boisdeffre oder Gombé-
hande. Und auf der anderen Seite ist der beste Beweis für
den Umhang, der sich in der öffentlichen Meinung vollzogen
hat, der Empfang, welcher dem Oberst Picquart in Rennes
zu teil wurde. Als er den Bahnhof verließ, wo ihn Kabotti
entwängeln hatte, wurde kein feindseliger Auf laut. In einem
Pulver fuhr er durch die Menge, welche Straßen bildete. Einige
wären zuerst in stummer Beschäftigung die Hüte ab. Witzig
wurde der Auf laut: „Es lebe Picquart! der von der Menge
demondriert wurde. Am Sonntag ging in Rennes die
letzte Ziegen eingetroffen, unter ihnen Gastimir Perier, die
Generale Boisdeffre, Noget, Billot und Gombé. Bei der An-
kunft Billots wurden Hüte laut: „Es lebe die Armee!“, worauf
andere Personen erwiderten: „Es lebe die Republik!“
Rieder mit den Pfaffen! Einer oder jezt unter den Zeugen:

